



Grünschnabel

ZEITUNG DER UNABHÄNGIGEN WÄHLERGEMEINSCHAFT

Grüne Liste Büttelborn

Im Jahre 1981 bestimmten die "Riedwerke-Groß Gerau" Büttelborn zum Standort für eine Bauschuttdeponie. Sie wandten dabei ein Suchverfahren an, das für heutige Verhältnisse primitiv war. So gab es damals keine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung. Auch bestand der Verdacht, daß die "Standortsuche" nur ein Ausdeuten der politisch schwächsten Gemeinde war. So wurde damals ein HCH-verseuchtes Gelände bei Gernsheim als möglicher Standort ausgeschlossen.

In Büttelborn gab es dazu keine große Diskussion, man war sich sicher: Auf das Ge-

Keiner wollt'se-

lände auf der "Hardt" kommt doch keine Deponie, sondern dafür ist doch eine Trabrennbahn vorgesehen! In diesem Sinne wurde das Thema auch auf den alljährlichen Fastnachtsumzügen dargestellt.

In der Tat hatte schon in den Jahren 1976/77 eine Kapitalgesellschaft an einem Plan "gebastelt", der unter dem Wohlwollen der Kommunalpolitiker zu einem "Bebauungsplan Trabrennbahn" gekürt wurde. Kein Zweifel: Man hoffte damals auf einen kometenhaften Aufstieg Büttelborns in den Himmel von Wett- und Schickeria-Kreisen unseres Ballungsraumes.

Am 26.11.1981 faßte dann die Büttelborner Gemeindevertretung den Beschluß, den geplanten Mülldeponiestandort abzulehnen. Die beiden zentralen Argumente waren: - "Das in Aussicht genommene Gebiet liegt im Bereich eines rechtsgültigen Bebauungsplans, der dort die Errichtung einer Mülldeponie verbietet."

- "... ,weil eine umfassende Belastungsuntersuchung vor Benennung des Standorts nicht durchgeführt worden ist." Dieser Beschluß ist nie aufgehoben worden, er gilt bis heute. Er ist der überparteiliche Wille der Gemeinde Büttelborn. Daß es dann aber in der Gegenwart zu einem "Gedächtnisschwund" kommen sollte, war nicht vorrauszusehen. Aber davon später.

Augenwischerei 'TRABRENNBAHN'

Obwohl die Kapitalgesellschaft damals bald den Geist aufgab, beschloß noch am 2.5.85 die Gemeindevertretung, daß man den Bau einer Trabrennbahn weiterhin fördern wolle. Grund dazu war ein Schreiben der Baufirma Holzmann, wobei arabische Öldollars im Hintergrund stehen sollten. Als dann die Baufirma plötzlich Desinteresse signalisierte, trat dafür eine "Hessische Traberzüchter und Besitzergemeinschaft" aus Darmstadt auf die Bühne.

Bei allem war Bürgermeister Gölzenleuchter nicht untätig. Er hatte sich eine "starke Rechtsposition" gegenüber den Mülldeponieplänen des Kreises bescheinigen lassen.

Dieses "Gutachten" bestand aus Telefonanrufen beim Städte- und Gemeindetag und einem Antwortschreiben von nicht ganz zwei Schreibmaschinenseiten. Damit trat der Bürgermeister über viele Monate in Versammlungen, Presse und sonstiger Öffentlichkeit in selbstbewußter Weise auf. Diese "Augenwischerei" mit der Trabrennbahn sollte nun im weiteren Verlauf verheerende kommunalpolitische Folgen haben:

● Die Erstellung eines Gutachtens über die Pflanzen- und Tierwelt auf dem Gelände "Auf der Hardt" wurde von SPD und CDU abgelehnt. Damit wurden die Mahnungen erfahrener Büttelborner Naturschützer beiseite geschoben. Denn in der Tat hatte sich über Jahre hinweg ungestört ein schutzwürdiger Bestand von seltenen Kröten bis hin zu Orchideen auf dem Brach- und Waldgelände entwickelt.

● Auch wurde die Erstellung eines Gutachtens abgelehnt, das die rechtlichen Möglichkeiten der Gemeinde gegenüber einer

Der Kreistag in Groß Gerau beschloß am 15. September Büttelborn als Standort für die neue Kreismülldeponie. Da CDU und GRÜNE dagegen stimmten, kam diese Entscheidung durch eine "Überschuldung" zustande: Die 5 Büttelborner SPD-Kreistagsmitglieder stimmten gegen ihre eigene Heimatgemeinde!

die SPD holt'se



Das weite Land mit dem Namen "Auf der Hardt" - zwischen Büttelborn, Weiterstadt, der Bundesstraße 42 und der Autobahn gelegen - soll weit über das Jahr 2000 zum "geeigneten Standort" von Mülldeponien gemacht werden. Rechtlicher Widerstand ist dringend nötig.

besagten Gelände. "Wegen der unvermeidlich auftretenden Setzungen und gründungstechnischen Schwierigkeiten" lehnten sie eine Überbauung der Altlast ab. Ein weiteres in diesem Zusammenhang wichtiges Kriterium war für das Ingenieurbüro die Lage des Geländes im Einzugsbereich der Trinkwasserbrunnen des Wasserwerks in Dornheim, was besonders bei Ribildung der Deponieabdichtung Folgen haben könnte.

Weitere Standorte

Interessant war auch, daß die Gutachter durch ihr Standortsuchverfahren auf einige andere Standorte so in Trebur, Gernsheim und schließlich auch in Büttelborn gekommen waren. Die Öffnung des "Bürgerforums Mülldeponie Büttelborn", daß sich Landrat Blodt und seine Kreis-SPD dadurch auf eine neue Standortsuche unter modernen ökologischen Kriterien besinnen würde, erfüllte sich nicht. Jene beharrten auf ihrer seit Jahren vorgefaßten Meinung.

Landrat bleibt verständnislos

Es ist viel über das "Warum?" spekuliert worden. Die einzige Antwort liegt wohl in der Psychologie von Menschen in Machtpositionen begründet. Sie sind in ihrer "Rolle", die sie meinen spielen zu müssen, so festgelegt, daß sie in der Öffentlichkeit ungern Fehler zugeben. Dabei hoffen sie, daß die Bürger dies bis zu den nächsten Wahlen wieder vergessen haben. Daß diese Rechnung aufgehen kann, hat das Beispiel "Startbahn West" gezeigt.

Ziele des Müllforums

Dem "Bürgerforum Mülldeponie Büttelborn" und seinem Sprecher Pfarrer Dannemann wurde häufig "Kirchturmpolitik nach dem Sankt-Florians-Prinzip" vorgeworfen. Aber die dort Engagierten haben nie einen Hehl daraus gemacht, daß bei der Sachlage ihnen immer folgender Widerspruch bewußt war: Auf der einen Seite erzeugt jeder von uns eine Unmenge Müll, auf der anderen Seite muß er aber beseitigt werden, nur will keiner eine Mülldeponie vor seiner Haustür haben.

Eine Lösung dieses Konfliktes in einem Ballungsraum; in dem es keinen geeigneten Standort mehr gibt, kann nur darin liegen:

● Es muß eine faire Standortsuche stattfinden. Sie muß nach den neuesten wissenschaftlichen Kriterien einer "Umweltverträglichkeitsprüfung von mehreren Standorten" verlaufen. Keine Gemeinde darf dabei Nachteile oder Vorteile zugeschoben bekommen.

Dieses "saubere und faire Verfahren" fand aber nie statt.

Kreismülldeponie ausloten sollte. Noch heute klingen die "rhetorischen Sprüche" von Hans Wiescholke (SPD) in den Ohren, mit denen er sich über unseren Antrag lustig machte: "Gutachten nützen sowieso nur den Gutachtern".

● Der Höhepunkt war dann am 23.4.1986 erreicht, als die SPD-Fraktion sogar gegen ein Rechtsgutachten stimmte, das der Sicherung des von ihr selbst so beschworenen "Bebauungsplan Trabrennbahn" dienen sollte.

Bürger haben Nase voll

In der Zwischenzeit hatten einige Bürgerinnen und Bürger von der Untätigkeit der SPD und Gemeindeverwaltung genug und finanzierten mit 13.000 DM ein Gutachten aus privater Tasche. In diesem Gutachten erarbeitete ein Darmstädter Ingenieur- und Beratungsbüro, daß der Büttelborner Standort der Riedwerke ungeeignet sei. Problempunkte waren die Altlasten der ehemaligen Bauschutt- aber auch Hausmülldeponie auf dem

politische Tricks

Ab Mitte März begann dann die Kreis-SPD mit ihrer raffinierten als auch plumpen politischen Taktik:

● Die Kreistagsfraktion der SPD, also die "Ober-Genossen", legten Büttelborn als Mülldeponiestandort fest. Die Marschroute war also von oben gegeben.

● Ende März 1986 wurde eine Bauvoranfrage des Hessischen Traberzüchtervereins, der eine "kleine Trabrennbahn" auf dem brisanten Gelände bauen wollte, vom Kreisbauamt abgelehnt. Gründe: In der Bauvoranfrage seien eine Verkehrsanbindung in Form einer Brücke als auch die Beseitigung der Altlasten der ehemaligen Deponie nicht berücksichtigt. Die große Frage war damals: Wer wiegt mehr? Der rechtskräftige Bebauungsplan (Bundesbaugesetz) oder das abfallrechtliche Planfeststellungsverfahren. Und letzteres lag ja noch in weiter Ferne. Auch Bürgermeister Gölzenleuchter zeigte damals noch Unverständnis über die Ablehnung der Bauvoranfrage. Nach diesem Nein des Kreisbauamtes war das Thema Trabrennbahn beendet. Die Chance eines Rechtsstreits wurde vertan.

● Was die "Ober-Genossen" der SPD-Kreistagsfraktion anfangs festgelegt hatten, durften am 24. Mai die nach Trebur zum Parteitag abgeordneten "Klein-Genossen" zustimmen.

● Am Montag, den 17.6.1986 wurden fünf ergänzende Gutachten im Kreistag vorgebracht. Dahinter steckte folgender Trick: Die Gutachter hatten den Auftrag, ihre alten Gutachten von 1982 über den Standort Büttelborn auf den neuesten Stand zu bringen, aber ohne einen Vergleich mit einem anderen Standort. Nur ganz allein Büttelborn wurde wieder "begutachtet". Das "große Ergebnis" stellte sich dann natürlich wieder ein: Büttelborn wurde vom alten wieder zum neuen Deponiestandort.

Es wäre ihm am Beispiel Mainhausen klar geworden, daß wahrhaftig eine kleine Gemeinde, der man ebenfalls eine Deponie mit Tricks aufbürden will, sich erfolgreich dagegen gewehrt hat. Denn der dortige Bürgermeister war nicht so vermessen, sich allein durch den "Dschungel des Baurechts" zu schlagen und dabei zu verirren, sondern er hatte es einer darauf spezialisierten Rechtsanwaltsgruppe übertragen. Aber dagegen hatte sich die Büttelborner SPD mit Händen und Füßen gewehrt.

Das Interessante für uns von der GLB beim Fall Mainhausen war, daß wir uns von einem der Rechtsanwälte, Herrn Matthias Möller aus dem Frankfurter Westend, vor einem Jahr beraten ließen, und dieser damals für die Gemeinde Büttelborn "schon Chancen" sah. Unser Antrag, den wir nach diesem Gespräch in der Gemeindevertretung stellten, war ja dann leider von der SPD-Fraktion abgelehnt worden.

Warum sind die Büttelborner SPD-Genossen "umgefallen"?

Wenn Politiker jahrelang etwas behaupten und dann "plötzlich" aufgeben, dann muß es dafür Hintergründe geben.

In der Kreistagsrede von Heinz Flauaus wurde darauf eine Antwort gegeben, warum er gegen den Beschluß der Gemeindevertretung gehandelt hat, der er selbst als Vorsitzender vorsteht. Er konzentrierte es in dem Begriff "Gefolgschaft". Er wollte die "Gefolgschaft nicht verweigern", seiner Partei gegenüber. Aber steckt nicht hinter diesem schönen Wort "Gefolgschaft" der "Befehlsempfänger"? Wir von der Grünen Liste wurden bei all den Vorkommnissen an eine Karriere von A. Paul Weber erinnert, die er im Jahre 1960 unter dem Titel "Rückgrat raus" veröffentlichte.

seinen Wert verliert, wird es in 20 Jahren im ganzen Kreis Groß Gerau keinen besseren Standort geben als dort "Auf der Hardt". Büttelborn wird dann endgültig in der Zukunft zu "Müllborn" werden.

Bleibt ein Widerstand von der betroffenen Bevölkerung aus, so werden auch im Falle, daß die Deponie nicht verhindert werden kann, Nachteile für Büttelborn entstehen. Für Büttelborn als Deponiestandort ist die Verseuchung des Grund- und Trinkwassers langfristig vorprogrammiert. Die Fließrichtung der Grundwasserströme geht in unserem Raum von Ost nach West, also Richtung Rhein. Bei einem Riß in der Deponie-Abdichtung sind von einer Verseuchung automatisch die landwirtschaftlichen Brunnen sowie die Trinkwasserbrunnen des Wasserwerks bei Dornheim gefährdet.

Riß in Abdichtung

Bis vor einigen Monaten gingen die "Riedwerke Groß Gerau" noch davon aus, daß man einfach eine Müllsäule von 50 Meter gleichzeitig auf die alte Deponie als auch auf naturgewachsenen Ackerboden stellen könne. Die Darmstädter Gutachter des "Büttelborner Bürgerforums" zeigten dabei aber die große Gefahr der Rißbildung auf. In der Zwischenzeit haben sich die Riedwerke dem angeschlossen: Die Altdeponie soll ausgegraben, wiederaufgefüllt und verdichtet werden. Aber die Darmstädter Gutachter schließen auch hier nicht aus, daß trotz dieser Verdichtung das Auffüllmaterial dennoch später zusammensacken könne, also doch ein Riß in der Deponie bis zum Grundwasser entstehen könne. Denn jede künstliche Verdichtung ist gegenüber gewachsenem Boden ein Provisorium.

Sie fordern deshalb einen Höchstaufwand für das Sicherheitssystem: Ein Kontrollsystem für Lecks, um damit auftretende Schäden im Dichtungssystem reparieren zu können. Diese hohen Investitionskosten wird der Kreis Groß Gerau aber ohne Druck aus der Bevölkerung nie freiwillig tätigen.

HOFFNUNG

Weil hinter dieser Deponie in Büttelborn solche verheerenden Gefahren stehen, darf man nicht alles aufgeben. Denn noch gibt es Hoffnung:

Es wird ein Planfeststellungsverfahren geben. Ähnlich wie in Mainhausen gibt es Chancen im Klageverfahren.

Das Bürgerforum Mülldeponie hat schon signalisiert, daß es Privatkläger sucht, die Grundbesitz auf oder an dem betroffenen Gelände besitzen. Diese müssen von vielen Bürgerinnen und Bürgern uneingeschränkt unterstützt werden.

Die Büttelborner Landwirte sind gefordert. Der Büttelborner Bund für Vogelschutz und der Bund für Umwelt und Naturschutz werden kämpfen müssen. Alles wird darauf hinauslaufen, ob es die Frauen und Männer mit dem "aufrechten Gang" in Büttelborn noch gibt.

NACHWORT

In der Gemeindevertretersitzung vom 1.10.1986 wurde von der absoluten SPD-Mehrheit ein Antrag unserer Wählergemeinschaft abgelehnt, der die Unterstützung von Privatpersonen und örtlichen Organisationen innerhalb des Planfeststellungsverfahrens zur Mülldeponie auf finanzieller, juristischer und verwaltungstechnischer Ebene forderte.

Die Büttelborner SPD mit ihrem Bürgermeister hat damit alle Unterlassungen begangen, die möglich waren. Sie tragen damit die Schuld mit, daß der Gemarkungsteil "Auf der Hardt" zerstört wird und sie tragen auch an der Schuld, wenn in einigen Jahrzehnten das in Richtung Wasserwerk Dornheim fließende Trinkwasser verseucht sein wird.

Peter Best

Rückgrat raus

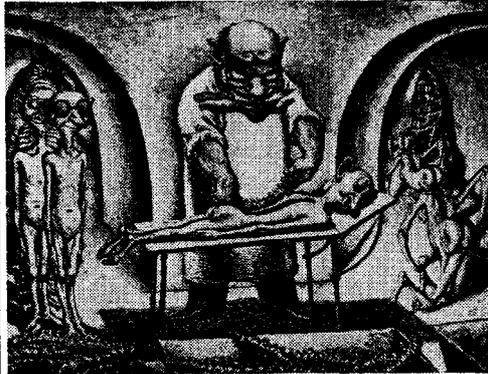
Mit diesen vier Schritten machte Landrat Blodt Druck und hatte auch Erfolg bei seinen Büttelborner Genossen:

Im Juli 1986 wurde das "Büttelborner Blättche" der SPD-Büttelborn an alle Haushalte verteilt. Dort verkündigte Bürgermeister Gölzenleuchter sein "Umfallen":

"Durch eigene Recherchen, d.h. intensives Nachlesen in den einschlägigen Gesetzesvorschriften einschließlich dazugehöriger Kommentare sowie durch bekanntgewordene Gerichtsentscheidungen kann er die ursprünglich günstige Position für die Gemeinde nicht mehr sehen." Von diesen "Studien" des juristischen Laien Gölzenleuchter war dann auch der Klein Gerauer SPD-Kreistagsabgeordnete Heinz Flauaus sehr angetan. Auf der entscheidenden Kreistagsitzung vom 15. September rief er aus: "Unser Bürgermeister Gölzenleuchter hat nichts unversucht gelassen, um alle Möglichkeiten zu prüfen. Aber die vorgegebene rechtliche Situation sowohl nach dem Bundesbaugesetz wie nach dem Abfallrecht des Landes Hessen war eindeutig. Ein Rechtsstreit hätte keine Aussicht auf Erfolg." Mit diesem handgestrickten Gutachten des Bürgermeisters stimmten die 5 SPD-Abgeordneten für die Mülldeponie in Büttelborn und machte sie, da CDU und GRÜNE dagegen stimmten, erst möglich.

Vorbild Mainhausen

Aber in den Worten von Heinz Flauaus liegt ein entscheidender Irrtum. Hätte er am 29. August 1986 die Zeitung gelesen oder die Nachrichten im Fernsehen gesehen, dann hätte er "seinen Mund gehalten". Die Überschrift z.B. in der Frankfurter Rundschau lautete: "Vorerst geht nichts mehr in Mainhausen. Baustopp für Deponie wegen erheblicher Mängel im Planfeststellungsbeschluß"



'Müllborn'

Was ist jetzt noch möglich?

Nun, die politische Entscheidung ist gefallen. Sie war von dem Befehl- und Gehorsamprinzip innerhalb der SPD bestimmt. Viele werden sich sagen, das hat doch keinen Sinn mehr, gegen diese absolute Mehrheit anzukämpfen. Ihr habt doch gesehen, die machen doch sowieso was sie wollen. Das stimmt nur zum Teil.

Denn es gilt auch die Erfahrung: Wenn man sich alles gefallen läßt, wird man umso dreister behandelt. Konkret:

Eines muß allen Büttelbornern klar sein. Wird diese Mülldeponie ohne großen Widerstand gebaut, so wird die nächste Mülldeponie wieder in Büttelborn sein.

Denn es gilt bei diesem Spiel das "Gesetz des Stärkeren". Die Großen, das heißt die Städte wie Rüsselsheim, Raunheim, Kelsterbach, Riedstadt usw. werden Mülldeponien auf die kleinen weniger zersiedelten Gemeinden abschieben. Und da das gesamte Land "Auf der Hardt" mit der einen Deponie

schon vergessen?

Mit Betroffenheit, Angst, Trauer, Wut, aber auch Resignation, Verdrängung und Zynismus reagierten wir, jeder auf seine Weise, in den ersten Tagen und Wochen auf die Informationen nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl. In der Sowjetunion sind nach dieser Katastrophe schon viele Menschen gestorben und es werden noch viele sterben. Ihnen gilt unsere ganze Anteilnahme.

Seit dem, von den meisten Menschen für unmöglich gehaltenen Super-GAU sind knapp 5 Monate vergangen; wie denken wir jetzt darüber, welche Konsequenzen hat jeder für sich daraus gezogen und denken wir alle wirklich ausreichend darüber nach?

Erwiesen ist: Was in Tschernobyl geschah, kann - mit all seinen Folgen - nicht umgekehrt werden. Diese Technik ist nicht umkehrbar und ein solcher Unfall kann sich jederzeit -irgendwo- wiederholen. An dieser Tatsache läßt sich nichts verdrängen, beschönigen oder wegdiskutieren. Unser bisheriges, mehr oder weniger großes, Vertrauen in Politiker und Wissenschaftler war und ist lebensgefährlich. Das Verhalten großer Teile dieser beiden Gruppen im Zusammenhang mit der Katastrophe von Tschernobyl hat mehr denn je deutlich gemacht, daß diese "Verantwortlichen" sowohl im Osten als auch im

Westen Zyniker sind, denen es nur um Machterhaltung oder "ihre Forschung" geht. Ganz deutlich sah man das ja an der Manipulation der Grenzwerte für Strahlenbelastung, die rein nach politischem Kalkül rauf oder runter gesetzt wurden. Die entscheidende Rolle spielte dabei wohl, ab wann der Staat finanzielle Haftung zu übernehmen hat. Eine direkte Verantwortung für das Leben gab/gibt es nicht! Hautnah erleben wir diese Handlungsweise zur Zeit im benachbarten Cattenom!

durch'Macher in die Steinzeit'

Eines ist hoffentlich jedem Einzelnen nach Tschernobyl klargeworden, daß nicht diejenigen, die einen freiwilligen Ausstieg aus dem technischen Fortschrittswahn (z.B. Kernenergie, Rüstung, Gentechnologie) und aus der Konsumgesellschaft gefordert haben, die Gesellschaft "zurück in die Steinzeit" führen, sondern deren Befürworter und rücksichtslose "Macher". Diese haben es fertiggebracht, daß unsere Kinder inmitten unseres Überflusses keine Milch trinken, kein frisches Gemüse essen durften und überhaupt das Leben und Überleben für sie immer schwieriger wird.

Glaubt dieser unsägliche Bundeskanzler Koh ernsthaft daran, uns beruhigen zu können, indem er uns ausgerechnet Herrn Wallmann als Minister für Umweltschutz und Reaktorsicherheit aus dem Ärmel schüttelt? Einen Mann, für den Repräsentation als Maßstab für Lebensqualität gilt und für den Umweltschutz, wenn überhaupt, immer eine untergeordnete Rolle spielte.

Lassen wir uns doch nicht länger als "schweigende Mehrheit" behandeln. Nehmen wir doch endlich nur noch die Politiker, Wissenschaftler und Medien ernst, die auch uns ernst nehmen - und nicht nur als Wähler! Unsere "führenden Köpfe" aus Politik und Wirtschaft haben das Unglück in Tschernobyl nicht zu verantworten, aber wir haben sie daran zu messen, was sie jetzt tun um zukünftig ähnliches zu vermeiden. Noch ist KALKAR nicht in Betrieb, noch ist WACKERSDORF nicht gebaut!

Nur Mut

Nur Mut zum Abschalten, meine Herren! Im Plenarsaal tun Sie's doch auch!!!

IMPRESSUM:

VERANTWORTLICH:
Die Fraktion der Grünen Liste Büttelborn:
Peter Best, Frieder Engel, Karin Fischer,
Josef Korent, Jürgen Pohl

Kontaktadresse: Peter Best, Mozartstr.26
Tel. 54525

Gegen Atomstrom

auch in Büttelborn

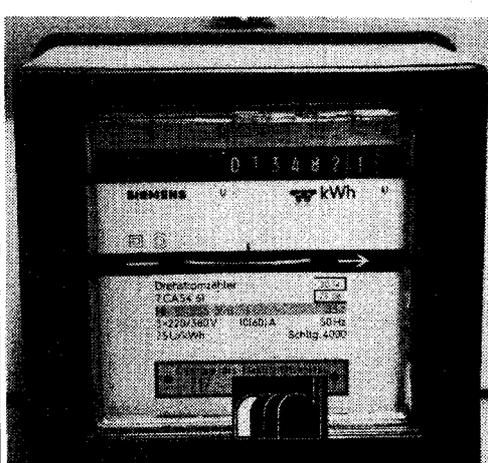
Was tut sich in GEMEINDEVERTRETUNG?

Im Gemeindeparlament fand Tschernobyl am 11.6.1986 seinen direkten Ausdruck: Die CDU beteiligte sich grundsätzlich nicht an den "Atomanträgen". Auch in Büttelborn setzte diese Partei nach dem Prinzip "Kopf durch die Wand" voll auf den weiteren Ausbau der Atomenergie. Unterschiedliche Auffassungen gab es zwischen der SPD und uns fünf "Wählergemeinschaftlern":

1. Während sich die SPD in ihrem Antrag nur bis zu einem "schrittweisen" Ausstieg durchbringen konnte, bestanden wir auf unserem "Sofort". Für den Leser mag das "Wortklauberei" sein. Aber dahinter stecken zwei grundsätzliche Bewußtseinslagen zum Thema "Ausstieg":

SPD = Jein, GLB = Ja

Unsere Argumentation beruhte auf Umweltminister Fischers Studie zum Ausstieg aus der Atomenergie vom 22.5.1986. Aber einem grünen Umweltminister wollen die etablierten Parteien einfach nicht glauben. Erst mußte das "Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung" (RWI) in Essen mit seinen "konservativen" Fachleuten zum Entsetzen des Kabinetts Kohl errechnen, daß selbst ein sofortiger Ausstieg aus der Atomkraft keine gravierenden wirtschaftlichen Folgen hätte. Auch mußte der Chef von PreußenElektra in Hannover, Hermann Krämer, Joschka Fischer im Nachhinein einen "Persilschein" geben, daß sein "Szenario" rechnerisch korrekt sei. Der Ausstieg ist technisch möglich. Rechtlich ist er aber nur durchsetzbar, wenn die, die in Bonn das Sagen haben, das wol-



AUSSTIEG nur über BONN

Also immer wieder die alte "Milchmädchenrechnung": Stichwort Bundestagswahl am 25. Januar 1987.

Nur eine Koalition von GRÜNEN und SPD kann den Atomstrom beseitigen. Die GRÜNEN müssen dazu in Bonn verbleiben, denn wer sollte den notwendigen konsequenten Druck auf die "Jein"-SPDler machen.

SCHREIBEN an RWE

2. Da auch die Stromhersteller und -verteiler unter öffentlichen Druck geraten müssen, verfaßt wir eine Proklamation an den Aufsichtsrat der RWE und den hiesigen Strom-Weiterverleiher Überlandwerk GmbH

Die SPD stimmte dafür. Also schrieb der Gemeindevorstand. In der Zwischenzeit gibt es auch Antwort. Sie ist so beschaffen, daß man weiter "am Draht-bleiben muß" (dazu nächste Ausgabe im November)

SPD gegen MESSGERÄT

3. Unsere Forderung nach einer regelmäßigen Messung der Radioaktivität durch einen Auftrag an ein Institut oder durch Kauf eines Meßgerätes wurde von der absoluten SPD-Mehrheit abgelehnt. Solche Maßnahmen wären gerade jetzt durch das anfallende Laub interessant.

4. Unserem Antrag "Die Gemeinde Büttelborn unterstützt die Bürgerschaft bei Maßnahmen zur Stromeinsparung" wurde von der SPD mitgetragen. Es gilt jetzt dorthingehend Druck zu machen, daß dieser Antrag nicht nur Papier bleibt sondern sich mit Leben füllt: Informationsveranstaltungen, Zuschüsse bei Beratungsmaßnahmen der privaten Haushalte, Stromsparkonzept der gemeindeeigenen Einrichtungen.

BLOCKHEIZKRAFTWERK

Nicht zu vergessen ist, daß wir vor Tschernobyl ein Blockheizkraftwerk für das Neubaugebiet "Im Wasserlauf" beantragt haben. Die SPD hatte dem zugestimmt. In der Zwischenzeit wurden für ein Energiegutachten die Landeszuschüsse gebilligt. Das Gutachten ist in Auftrag gegeben. Wir hoffen, daß damit auch in Büttelborn ein kleiner Anfang zu einer dezentralen und umweltschonenden Energieversorgung gesetzt wurde.

Muß das sein?

NEUES RATHAUS für 4 Millionen DM



ANSICHT WESTSEITE



ANSICHT SÜD-OSTSEITE

In feudalen Zeiten unter absolutistischen Herrschern war es üblich, daß das Bürgertum und die Bauernschaft die Schlösser und die Hofhaltung bezahlen mußten. Solche Zustände lassen sich auch auf die Neuzeit übertragen. Statt eines absolutistischen Herrschers steht ein Bürgermeister mit absoluter Mehrheit, statt eines Schlosses steht ein Verwaltungsneubau. Gleich wie in alten Zeiten ist, daß der Bürgermeister sich einen "Hofarchitekten" hält. Alternative Planungen durch einen zweiten Architekten gibt es nicht, Planungs- und Kostenvergleiche liegen nicht vor.

Zu den Fakten:

Die räumliche Situation in der Gemeindeverwaltung ist schlecht. Eine Verbesserung ist notwendig!

Wie sollte die VERWALTUNG aufgebaut sein?

1. Die dezentrale Lösung

Diese hat ihr Fundament in dem heutigen Bestand der Verwaltungsgebäude. Zusätzlich kämen noch hinzu:

- ein weiterer Pavillon
- die Nutzung des von der Gemeinde zugekauften Nachbarhauses
- die Auslagerung des Bauamtes zu einem Bauhof
- die Auslagerung des Sozialamtes in die in Klein Gerau anvisierte Sozialstation
- Zurückverlagerung von Dienstleistungen der Verwaltung in die Ortsteile Klein Gerau und Worfelden. Angestrebt wird ein Zustand ähnlich vor der "Gebietsreform". Die negativen Folgen der Gebietsreform könnten dadurch gemildert werden.

Eine solche "Dezentralisierung der Verwaltung ist durch die Entwicklung in der Daten- und Kommunikationstechnologie heute machbar, in der Zukunft umso verstärkter. Bildschirm, Computer, Kommunikationskabel usw. stellen den Zusammenhang der auf die gesamten Ortsteile gegliederten Verwaltungsteile her.

Die Gemeindeverwaltung befindet sich sowie schon im Umstellungsprozess auf diese Techniken. Auch muß gesagt werden, daß die Gemeinde selbst schon seit einiger Zeit mit ihren Einwohnermeldedaten an das "Kommunale Gebietsrechenzentrum" angeschlossen ist. Nur könnte diese Zentralisierung der Datenverarbeitung heute wieder in die Gemeinde zurückgeholt werden. (Aber dies ist ein Thema für sich, zurück zum Verwaltungsneubau)

2. Die zentralistische Lösung

Auf der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde gegen den Widerstand der GLB und Teile der CDU von der SPD-Mehrheit ein zentraler Verwaltungsneubau in Ortsteil Büttelborn beschlossen. Was hier mit "modern und zukunftsweisend" betitelt wurde, ist in Wahrheit ein "Zurück in die Steinzeit".

Spätestens bei den zentralistischen Gesamtschulbauten ist es vielen Bürgern klar geworden, daß dies ein falscher Weg ist. Daß eine Zentralverwaltung Kosten spare und eine größere Bürgernähe besitzt, dafür muß erst einmal ein Beweis gebracht werden.

● Noch ein anderer Aspekt:

In den nächsten Jahren wird mit der Erneuerung des gesamten Kläranlagensystems eine riesige Kostenlawine auf die Gemeinde zurollen. Schätzungen bewegen sich von mindestens 12 Millionen bis maximal 20 Millionen. Der Gemeindevorstand kalkuliert fest damit, daß dazu auch die privaten Haushalte über Sondergebühren und Einzelbeiträge herangezogen werden sollen. Deshalb besteht die grundsätzliche Frage, warum unbedingt vor dieser Kostenlawine noch mindestens 3,8 Millionen DM für einen Verwaltungsbau vorgesehen werden müssen? Ist es nicht wichtiger, erst die notwendige Sanierung der Kläranlagen unter Dach und Fach zu bekommen!

Für Bürgermeister Gölzenleuchter stellt sich die Sache einfach dar. Die Kosten für die Kläranlagen sind für ihn eine Sache der Gebührenordnung. So einfach ist das! Da gibt es auf der einen Seite Steuergelder, mit denen der Verwaltungsbau finanziert wird und auf der anderen Seite Ge-

bührenhöhungen, mit denen man das Finanzierungsproblem "Kläranlagen" lösen will. Beide Geldströme haben aber eine einzige Quelle, nämlich die Bürgerschaft. Die muß die gesamte Zeche bezahlen.

Deshalb ist es doch legitim, Prioritäten in der Finanzierung aufzustellen: Zuerst die Kläranlagen bei "schonenden und zurückhaltenden" Gebührenerhöhungen für die Haushalte. Danach in der neuen Finanzlage kann eine Verbesserung des Verwaltungswesens in Angriff genommen werden. Zur Überbrückung könnten Zwischenlösungen in Form eines neuen Pavillons angegangen werden.

KOSTENLAWINE



'Kläranlagen'

Für uns gibt es deshalb bei der Dringlichkeit und Hektik, mit der die SPD ihren Zentralbau durchgepaukt hat, nur folgende Erklärungen:

- Bis zur Kommunalwahl in zwei Jahren will man sich als Hausherr den Wählern in einer repräsentativen Neubau stellen.
- Vor dem Kläranlagenbau sollen vollendete Tatsachen geschaffen werden. Denn danach könnte ein solches "Verwaltungsschlößchen" finanziell vor dem Bürger nicht mehr verantwortet werden.

Anträge abgewürgt

Hessischer Rundfunk, Radio Bergstraße
UKW 101,6/ 103,8 MHz (4. Programm)
Südhessen-Journal am 14.8.1986 : ●

"... Büttelborn ... 5 nach 8, die Sitzung hatte kaum begonnen. Die sechs Gemeindevertreter der Grünen Liste verließen wütend den Sitzungssaal im Volkshaus. Sie hatten bereits die Nase voll. Der Grund der grünen Wut :

Die absolute SPD-Mehrheit hatte diesmal mit der CDU gleich vier Anträge der Öko-Partei von der Tagesordnung gestrichen. ... In den Parlamenten kommt es öfter mal vor, daß Anträge unzureichend beantwortet werden, die Redezeit zu knapp ist, usw. Daß aber die Anträge wie in Büttelborn einfach von der Tagesordnung gestrichen werden, bezeichnet selbst die Kommunalaufsicht als zwar legales aber fragwürdiges Verfahren.

... Jedenfalls eine bequeme Lösung, wenn es um Dinge geht, die die SPD-Verwaltung nicht gerne auf dem Präsentierteller sehen möchte."

Soweit Uschi Schlosser von der Redaktion "Radio Bergstraße" des Hessischen Rundfunks.

ZENSUR FÜR GRÜNE LISTE

Ja, es stimmt, uns Gemeindevertreter von der unabhängigen Wählergemeinschaft "Grüne Liste Büttelborn" will die örtliche SPD unter Zensur nehmen. So mußte sich unser Gemeindevorstandsmitglied Dieter Schulmeyer aus Worfelden von Bürgermeister Gölzenleuchter sagen lassen, daß in der Zukunft alle Anträge der GLB überprüft würden, inwieweit sie auf die Tagesordnung der Gemeindevertreterversammlung gesetzt werden.

Also nur noch das, was für den SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Gölzenleuchter unproblematisch ist, dürfen wir als Anträge einbringen. Wir sollen also vorher immer Einkehr halten und beten: "Ich bin klein, mein Herz ist rein, lieber Gölzenleuchter lass bitte unsre Anträge rein."



Die Büttelborner Genossen haben damit gezeigt, daß sie den Grundgedanken des Parlamentarismus nicht verstanden haben. Denn für diesen ist eine kritische Opposition eine wichtige Basis.

Verstanden haben sie auch nicht ihre in vielen Sonntagsreden beschworene "Geschichte der Arbeiterbewegung". Sie wenden heute in "ihrem" Gemeindeparlament dieselben Praktiken an, die im Kaiserreich und am Ende der Weimarer Republik gegen ihre eigene Partei und gegen die Gewerkschaften gerichtet wurden.

Mancher wird Fragen, welche Anträge der GLB denn bisher gestrichen wurden.

- Ein Antrag richtete sich gegen den Verwaltungsneubau des Bürgermeisters (siehe den Bericht)
- Ein Antrag forderte einen Radweg vom Ponyhof Büttelborn nach Dornheim
- Ein Antrag wollte Erleichterungen beim Garagenneubau
- Ein Antrag forderte ein Rechtsgutachten zu den fragwürdigen Bebauungsmaßnahmen im Außenbereich.

Also alles Anträge, die bestimmt nicht gegen die "guten Sitten" verstoßen. Sondern die Genossen und die Kameraden von der CDU ärgert dabei einzig allein, daß wir von der Grünen Liste mit einer Handvoll Leute im Gemeindeparlament mehr auf den Tisch bringen als die Fraktionen von SPD und CDU zusammen.